

1705 Interpellation (Mitte-Fraktion) "Integration von Flüchtlingen in der Gemeinde Köniz"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Noch nie seit dem 2. Weltkrieg sind heute derart viele Menschen auf der Flucht wie heute. Gerade die mittel- und langfristige Integration von Flüchtlingen in den Erwerbsprozess, ist zurzeit in der ganzen Schweiz ein intensiv diskutiertes Thema. Deshalb ist es umso wichtiger, die Asyl- und Flüchtlingspolitik gerade in Bezug auf die Erwerbstätigkeit, sachlich zu diskutieren und anzugehen. Auch in Köniz drängen sich Fragen auf wie: Was können wir tun? Wie können wir anerkannte Flüchtlinge besser in unserer Gemeinde und in die Gesellschaft integrieren? Was können Flüchtlinge längerfristig in unserer Gemeinde machen und wie können sie besser in den Erwerbsprozess eingegliedert werden? In der Antwort des Gemeinderates zur Interpellation 1627 „Zeigt das Integrationskonzept der Gemeinde die erwartete Wirkung?“ ist zu entnehmen, dass Migrantinnen und Migranten, welche die Fachstelle kontaktieren, sehr offen sind für die vorhandenen Angebote. Jedoch wird auch erläutert, dass die grössten Herausforderungen bei der Arbeitsintegration liegen, aufgrund von fehlender Ausbildung und Sprachkenntnissen. Gerade die Erwerbstätigkeit und die Sprache sind aber sehr wichtige, wenn nicht die wichtigsten Bestandteile von Integration. Die Gemeinde sollte sich dem noch stärker annehmen.

Der Gemeinderat ist gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Flüchtlinge gehen in den nächsten Jahren bezüglich Sozialhilfe in die Zuständigkeit der Gemeinde über?
2. Welche konkreten Massnahmen unternimmt die Gemeinde bereits, um einen möglichst raschen Einstieg in die Arbeitswelt zu ermöglichen und wie erfolgreich sind diese Massnahmen?
3. Wird auch die Integration von Frauen mit Kindern in den Arbeitsprozess (Teilzeitpensen) gefördert? Und werden Betreuungsmassnahmen für die Kinder ermöglicht und unterstützt?
4. Was bedeutet es, in finanzieller Hinsicht, für die Gemeinde, wenn es diesen Menschen nicht gelingt eigenständig zu werden und sie auf die Sozialhilfe angewiesen sind?
5. Welche Massnahmen werden von der Gemeinde Köniz respektive auf Kantonsebene vorbereitet, um dieser Herausforderung zu begegnen?
6. Der Nationalrat hat in der Wintersession die Integration in die Gesetzgebung aufgenommen. Künftig soll es für Arbeitgeber einfacher sein, Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene anzustellen. Diese dürfen künftig in der ganzen Schweiz eine Erwerbstätigkeit ausüben, sofern sie einen Arbeitgeber oder eine Arbeitgeberin finden. Was unternimmt die Gemeinde Köniz, um die in der Gemeinde Köniz wohnhaften Asylsuchenden bei der Suche einer Arbeitsstelle zu unterstützen?
7. Andernorts hat man mit dem direkteren Einbezug der Privatwirtschaft bessere Erfolge bei der Integration von Flüchtlingen in den Erwerbsprozess erzielt. Plant der Gemeinderat auch in Köniz entsprechende Massnahmen, bspw. ein Stellennetz für Flüchtlinge analog zum Lehrstellennetz?

Eingereicht

13. Februar 2017

Unterschieden von 30 Parlamentsmitgliedern

Katja Niederhauser, Barbara Thür, Bernhard Zaugg, Thomas Marti, Casimir von Arx, Thomas Frey, Arlette Stauffer, Christina Aebischer, Hansueli Pestalozzi, Iris Widmer, Elena Ackermann, Ruedi Lüthi, Annemarie Berlinger-Staub, Markus Willi, Cathrine Liechti, Christian Roth, Vanda Descombes, Werner Thut, Astrid Nusch, Reto Zbinden, Bernhard Lauper, Elisabeth Rügsegger, Hansueli Kropf, Bruno Ineichen, Ueli Witschi, Anita Moser, Beat Haari, Mathias Rickli, Andreas Lanz, Bruno Schmucki (30)

Antwort des Gemeinderats

Vorbemerkungen:

Zuständigkeiten und Begriffe

Gemäss Bundesverfassung (Art. 121) fällt der Asylbereich in die Verantwortung des Bundes. Für die Sozialhilfe sind hingegen Kantone und Gemeinden zuständig. Aufgrund seiner Zuständigkeit in Asylfragen, finanziert der Bund in einer ersten Phase – 5 Jahre ab Einreichung des Asylgesuches bei anerkannten Flüchtlingen, 7 Jahre ab Einreise bei vorläufig Aufgenommenen (VA) – die Sozialhilfekosten der Kantone über Globalpauschalen. Für die Finanzierung von Integrationsmassnahmen richtet der Bund den Kantonen pro vorläufig aufgenommene Person VA oder Flüchtling eine einmalige Integrationspauschale im Umfang von CHF 6'000 aus.

Wegen der geltenden Zuständigkeitsordnung ergeben sich viele Schnittstellen zwischen der Bundesebene und den Ebenen von Kantonen und den Gemeinden. Zudem gelten für die verschiedenen Personengruppen unterschiedliche Regelungen, welche nachfolgend kurz dargestellt werden.

Personengruppe	Asylrechtlicher Status	Ausweis
Asylsuchende	Personen in einem hängigen Asylverfahren	N
Vorläufig Aufgenommene (VA)	Personen mit einem abgelehnten Asylgesuch, aber einem grundsätzlich zeitlich befristeten Bleiberecht in der Schweiz aus humanitären oder vollzugstechnischen Gründen	F
Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge (VAFL) ¹	Personen, die als Flüchtling anerkannt sind, jedoch wegen subjektiven Nachfluchtgründen oder wegen Unwürdigkeit kein Asyl erhalten und deswegen ersatzweise vorläufig aufgenommen werden.	F
Anerkannte Flüchtlinge (Flü)	Personen mit positivem Asylentscheid und einem in der Regel zeitlich unbeschränkten Bleiberecht in der Schweiz (bis 5 Jahre nach Einreise B-Ausweis, danach C-Ausweis)	B/C

Abb. Übersicht über die verschiedenen asylrechtlichen Status (Darstellung nach Direktion für Bildung, Soziales und Sport BSS der Stadt Bern (Hrsg.). Optimierung der beruflichen Integration von Personen aus dem Asylbereich: Massnahmen auf kommunaler Ebene. Bern, Februar 2016 Stadt Bern, 2016, S.9)

¹ Diese Personengruppe ist relativ klein. Die Zuständigkeiten sind gleich wie bei den anerkannten Flüchtlingen. Die Frist bis zur Übertragung des Dossiers von der Flüchtlingssozialhilfe an den Sozialdienst der Gemeinde beträgt 7 Jahre.

Personen des Asylbereichs sind²:

Personengruppe	Ausweis
Asylsuchende	N
Vorläufig Aufgenommene ³	F
Abgewiesene Asylsuchende	Kein Ausweis

Keine Personen des Asylbereichs sind⁴: nach Art. 46a SHG:

Personengruppe	Ausweis
Vorläufig aufgenommene Flüchtlinge ⁵	F
Anerkannte Flüchtlinge	B

Insgesamt sind die Kompetenzregelungen, Strukturen, Zuständigkeiten und Vorgaben im Asylbereich komplex und daher wenig übersichtlich.

Heutige Organisation im Einzugsgebiet der Gemeinde Köniz

Asylsuchende

In der Gemeinde Köniz werden Asylsuchende in der Phase I durch die Heilsarmee Flüchtlingshilfe betreut⁶. Dazu dienen die Notunterkunft Niederscherli und die Kollektivunterkunft KU Sandwürfi. Die Gemeinde Köniz tritt gegenüber der Heilsarmee als Vermieterin dieser Unterkünfte auf. Insgesamt werden rund 175 Plätze angeboten.

In der Phase II werden die Asylsuchenden durch das Kompetenzzentrum Integration der Stadt Bern (KI Stadt Bern) betreut (ca. 30 Personen). Das KI ist eine Asylsozialhilfestelle ASH mit einem Leistungsauftrag der Polizeidirektion des Kantons Bern (POM), welche die ganze Region Bern umfasst. Ein Auftrag zur Integration besteht nicht, vorgesehen ist lediglich die „Vermittlung und Finanzierung von Sprachkursen“.

Die Unterstützungsansätze der Asylsozialhilfe sind deutlich tiefer, als jene der ordentlichen Sozialhilfe.

Vorläufig Aufgenommene (VA)

VA weniger als 7 Jahre seit Einreise (VA 7-)

Für die Begleitung und Unterstützung von VA aus der Gemeinde Köniz ist ebenfalls das Kompetenzzentrum Integration der Stadt Bern zuständig – im Rahmen des gleichen Leistungsauftrages mit der POM. Die Ansätze für die Asylsozialhilfe sind dieselben wie für Asylsuchende. Das heisst, dass Integrationsmassnahmen auch für diese Personengruppe vom Kanton nicht zusätzlich abgegolten werden. Den VA stehen aber Deutschkurse sowie spezifische Integrationsprogramme, 10. Schuljahre oder Berufsbildungs- und andere berufliche Integrationsangebote offen.

² nach Art. 3 EG AuG (Einführungsgesetz zum Ausländergesetz) und AsylG (Asylgesetz)

³ Personen mit einem abgelehnten Asylgesuch, aber einem grundsätzlich zeitlich befristeten Bleiberecht in der Schweiz aus humanitären oder vollzugstechnischen Gründen

⁴ nach Art. 46a SHG (Sozialhilfegesetz)

⁵ Personen, die als Flüchtling anerkannt sind, jedoch wegen subjektiven Nachfluchtgründen oder wegen Unwürdigkeit kein Asyl erhalten und deswegen ersatzweise vorläufig aufgenommen werden.

⁶ Die Unterbringung von Asylsuchenden läuft in zwei Phasen ab. In der Phase I erfolgt die Unterbringung in Durchgangszentren resp. Kollektivunterkünften, in Phase II werden Asylsuchende individuell in Wohnungen untergebracht.

Jede Erwerbsaufnahme und jeder Stellenwechsel von VA7- ist bewilligungspflichtig. Jedoch gibt es hier keinen Inländervorrang wie bei den Asylsuchenden.

VA mehr als 7 Jahre seit Einreise (VA 7+)

Nach Ablauf der Zeitdauer von 7 Jahren werden sozialhilfeabhängige VA an den Sozialdienst der Wohngemeinde übertragen. Die Unterstützung erfolgt zu den ordentlichen Ansätzen der Sozialhilfe. Die Integrationsmassnahmen laufen ab diesem Zeitpunkt über den Sozialdienst resp. die Angebote der Fachstelle Arbeitsintegration Region Bern, Farb AG, als BIAS⁷-Anbieter, ab.

Die Erwerbsaufnahme bleibt für VA7+ bewilligungspflichtig, einen Inländervorrang gibt es nicht.

Anerkannte Flüchtlinge

Für anerkannte Flüchtlinge ist im Kanton Bern die Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF zuständig. Diese hat den Auftrag der Betreuung und Unterstützung dieser Personengruppe an die beiden Hilfswerke Caritas und SRK⁸ übertragen (Flüchtlingssozialhilfe). Die Unterstützung dauert längstens 5 Jahre⁹, danach werden sozialhilfeabhängige Flüchtlinge an die Sozialdienste der Wohnsitzgemeinde übertragen.

Die Unterstützung der Flüchtlinge erfolgt nach ordentlichen Ansätzen der Sozialhilfe. Erwerbsaufnahme und jeder Stellenwechsel von Flüchtlingen bleiben bewilligungspflichtig bis sie die Niederlassungsbewilligung (Ausweis C) erhalten.

Integrationsmassnahmen

Für die Steuerung von spezifischen Integrationsangeboten für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge ist im Kanton Bern die GEF zuständig. Die GEF hat hierzu mit unterschiedlichen Organisationen Leistungsvereinbarungen abgeschlossen (v.a. Hilfswerke wie SAH¹⁰, Caritas etc.). Die Gemeinde hat in diesem Bereich weder direkt (z.B. durch die Bereitstellung von Beschäftigungsangeboten noch indirekt z.B. via BIAS¹¹-Anbieter Fachstelle Arbeitsintegration Region Bern, eine Funktion oder einen Auftrag inne.

1. Wie viele Flüchtlinge gehen in den nächsten Jahren bezüglich Sozialhilfe in die Zuständigkeit der Gemeinde über?

Die Datenauswertung ist in diesem Bereich komplex und nur mit viel Handarbeit und auch mit einer entsprechenden Fehleranfälligkeit möglich. Das mag auf den ersten Blick erstauen, lässt sich jedoch mit den eingangs geschilderten strukturellen und organisatorischen Gegebenheiten erklären, wenn bedacht wird, dass unterschiedliche EDV-Systeme und andere Abrechnungsstellen, um nur zwei Komponenten aufzuzählen, in diesem Bereich im Einsatz stehen. Die Abteilung Soziales hat im Rahmen dieser Abklärungen festgestellt, dass z.B. die vorgelagerten Hilfswerke zwar die Anzahl Personen aus der Gemeinde Köniz für welche sie zuständig sind auswerten können, jedoch ist auf dieser Datenbasis nicht feststellbar¹², viele Personen davon auf Sozialhilfeleistungen angewiesen sind.

Die Abteilung Soziales greift deshalb für die Beantwortung der Frage auf Daten zurück, welche im Herbst/Winter 2016 erhoben wurden, weil sie exakt dieser Fragestellung nachging, um sich entsprechend den zu erwartenden „Mengengerüsten“ vorzubereiten.

⁷ Beschäftigungs- und Integrationsprogramme für Sozialhilfe beziehende Personen

⁸ Schweizerisches Rotes Kreuz, SRK

⁹ Gemessen ab Einreichung Asylantrag.

¹⁰ Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH

¹¹ Beschäftigungs- und Integrationsprogramme für Sozialhilfe beziehende Personen

¹² innerhalb der nötigen Frist

Die Frage, wie viele Flüchtlinge gehen in den nächsten Jahren bezüglich Sozialhilfe in die Zuständigkeit der Gemeinde über, lässt den Schluss zu, dass mit dem Begriff Flüchtlinge allgemein Personen gemeint sind, welche in absehbarer Zeit in die sozialhilferechtliche Zuständigkeit der Gemeinde Köniz fallen werden, die als Flüchtlinge in die Schweiz reisten, ungeachtet des formalen aktuellen Aufenthaltsstatus. In der Folge werden die Personengruppen pro Ausweistyp aufgeführt.

Asylsuchende Ausweis N

Von Interesse ist, wie viele Personen mit Ausweis N (Asylsuchende) registriert sind. Es lässt sich jedoch nicht direkt ableiten, wann wie viele Personen in die sozialhilferechtliche Zuständigkeit der Gemeinde Köniz kommen werden. Dies aus folgenden Gründen:

- Der Entscheid, welcher Status diese Personen erhalten werden, ist ungewiss
- Die Personen werden aus Unterkünften der Gemeinde Köniz in eine andere Gemeinde verlegt
- Es ist unklar, wo diese Personen beim Zuständigkeitswechsel ihren Wohnsitz haben werden (wo finden sie eine Wohnung?)
- Bei anerkannten Flüchtlingen ist nicht die Einreise von Bedeutung, sondern das Datum des Asylantrages. Diese Daten stehen uns nicht zur Verfügung, insofern kann der Zeitpunkt des Zuständigkeitswechsels nicht genau ermittelt werden
- Personen des Asylbereichs werden in der ersten Phase von der Einwohnerkontrolle nicht, respektive nicht mehr registriert¹³
- Personen tauchen unter
- Personen reisen weiter
- Geburten
- Heirat und somit anderer Ausweisstatus
- etc.

Die Anzahl Personen mit Ausweis N ist für die Abteilung Soziales deshalb eher ein „Seismograph“, um frühzeitig ändernde Tendenzen festzustellen. Je nach Ausgang des Asylverfahrens werden diese Personen nie, nach 5 oder nach 7 Jahren in die Zuständigkeit der Sozialberatung Köniz fallen.

Ausweiskategorie	Einreise in die CH	Anzahl Personen
N	weniger als 1 Jahr	85
N	zwischen 1-2 Jahren	93
N	zwischen 2-3 Jahren	10
N	zwischen 3-4 Jahren	1
N	zwischen 4-5 Jahren	1

Vorläufig aufgenommene Personen Ausweis F und anerkannte Flüchtlinge mit Ausweis B

Von Interesse ist, wie viele Personen mit Ausweis F aktuell registriert sind und wann diese in die sozialhilferechtliche Zuständigkeit der Gemeinde fallen (unter Annahme, dass die Zuständigkeit oder der Wechsel der Zuständigkeit unverändert bleibt).

Wechsel Zuständigkeit	B Asyl	F VA	Total
2023	0	3	3
2022	0	3	3
2021	15	40	55
2020	28	26	54
2019	39	12	51
2018	29	13	42
2017	35	1	36

¹³ BSIG Nr. 1/122.20/3.1

Auch wenn sich diese Personengruppe quantitativ aus verschiedenen Faktoren noch verändern wird, lässt sich erkennen, dass in den nächsten 3 Jahren mit einem Zuwachs von ca. 36 bis 51 Personen pro Jahr zu rechnen ist. Eine über einen grösseren zeitlichen Horizont hinausgehende Prognose ist kaum möglich. Die aktuelle Migrationslage weltweit lässt den Schluss jedoch zu, dass die Anzahl Menschen, welche auf der Flucht sind und dereinst einen sozialhilferechtlichen Anspruch in der Gemeinde Köniz haben könnten, mindestens stabil, wie im Folgenden noch ausgeführt wird, tendenziell steigen wird.

Der Kanton Bern erhält vom Staatssekretariat für Migration (SEM) entsprechend seiner Bevölkerungszahl 13,5 % aller Asylsuchenden der Schweiz zugewiesen. Eine Zuweisung / Zuteilung auf die Gemeinden erfolgt nicht nach exaktem Verteilschlüssel. Die Verteilung der Personen des Asylbereichs erfolgt soweit möglich im Verhältnis zur Wohnbevölkerung. Dabei handelt es sich keinesfalls um eine justiziable Bestimmung, sondern vielmehr um eine gesetzliche Zielvorgabe. Aufgrund dieser Angaben ergeben sich folgende Daten für die Jahre 2015 und 2016:

Jahr	anerkannte Flüchtlinge	vorläufig Aufgenommene	Zwischentotal	Anteil von Köniz ca. 4 %	Zuständigkeit ab
2015	1171	918	2089	84	2020 ¹⁴
2016	11490	900	2049	82	2021

Dieser Tabelle kann einzig die Tendenz entnommen werden, dass aufgrund der letzten 2 Jahre mit einer höheren Anzahl von Personen in der Sozialhilfe zu rechnen ist als bisher.

2. Welche konkreten Massnahmen unternimmt die Gemeinde bereits, um einen möglichst raschen Einstieg in die Arbeitswelt zu ermöglichen und wie erfolgreich sind diese Massnahmen?

In der Gemeinde Köniz werden Asylsuchende in der Phase I durch die Heilsarmee Flüchtlingshilfe betreut¹⁵. Dazu dienen die Notunterkunft Niederscherli und die Kollektivunterkunft KU Sandwürfi. Die Gemeinde Köniz tritt gegenüber der Heilsarmee als Vermieterin dieser Unterkünfte auf. Insgesamt werden rund 175 Plätze angeboten.

In der Phase II werden die Asylsuchenden durch das Kompetenzzentrum Integration der Stadt Bern (KI Stadt Bern) betreut (ca. 30 Personen). Das KI ist eine Asylsozialhilfestelle ASH mit einem Leistungsauftrag der Polizeidirektion des Kantons Bern (POM), welche die ganze Region Bern umfasst. Ein Auftrag zur Integration besteht nicht, vorgesehen ist lediglich die „Vermittlung und Finanzierung von Sprachkursen“. Der grösste Teil der Asylsuchenden verfügt nur über marginale Deutschkenntnisse, wenig Berufserfahrung und hat meist keinen in der Schweiz anerkannten Bildungsabschluss und findet den Einstieg in den Schweizer Arbeitsmarkt nur schwer.

Die Personen mit N-Ausweis dürfen aufgrund der Vorgaben der POM¹⁶ nur an gemeinnützigen Beschäftigungsprogrammen teilnehmen. Sie sind von den Integrations- und Bildungsmassnahmen für VA und Flüchtlinge ausgeschlossen. Arbeitsbewilligungen sind faktisch unrealistisch, da Arbeitgeber belegen müssen, dass sie erfolglos nach Schweizer/innen und nach Personen mit F-, B- und C-Ausweis gesucht haben (Inländervorrang). Jungen Erwachsenen stehen Integrationsklassen und das 10. Schuljahr offen.

Obwohl die Gemeinde grundsätzlich im Asylbereich keinen gesetzlichen Auftrag zu übernehmen hat, werden von der Gemeinde Köniz trotzdem Leistungen angeboten, die sich (auch) an Personen aus dem Asylbereich richten:

¹⁴ In der Annahme, dass der Zuständigkeitswechsel nach 5 Jahren erfolgt. Ist nicht ganz korrekt, da Einreisedaten oder Antragstellungsdatum auf dieser Datenbasis nicht greifbar sind.

¹⁵ Die Unterbringung von Asylsuchenden läuft in zwei Phasen ab. In der Phase I erfolgt die Unterbringung in Durchgangszentren resp. Kollektivunterkünften, in Phase II werden Asylsuchende individuell in Wohnungen untergebracht.

¹⁶ Polizeidirektion des Kantons Bern

Angebote des Fachbereichs Integration

Der Fachbereich Integration ist die Kontaktstelle der Gemeinde für Fragen rund um Asyl (Heilsarmee als Betreiberin der Kollektivunterkünfte, Teilnahme an „Runden Tischen“ wie z.B. bei der unterirdischen NUK Niederscherli oder beim neuen Bundeszentrum EVZ Bern beim ehemaligen Zieglerspital, etc.). Die Angebote des Fachbereichs Integration (FI) basieren auf dem Integrationskonzept der Gemeinde Köniz (November 2009) und werden bedarfsorientiert weiterentwickelt.

In Köniz stehen diverse Integrationsangebote für die Migrationsbevölkerung zur Verfügung, die auch Personen aus dem Asylbereich offenstehen, die sich aber nicht spezifisch an diese richten. Dazu gehören insbesondere:

- **Sprachkurs „MuKi-Deutsch“**, der sich spezifisch an Frauen mit Kindern richtet
- **Interkultureller Frauentreff** (von Freiwilligen geführt)
- **Nähkurs**
- **Gesundheitskurse**
- **Velofahrkurs**, der von Pro Velo in Köniz durchgeführt wird und der besonderes bei Asylsuchenden sehr beliebt ist (Impuls dazu kam von der Heilsarmee Flüchtlingshilfe)

Im Bereich der Arbeitsintegration existiert ein Angebot des Fachbereichs Integration, das sich spezifisch an Personen aus dem Asylbereich (primär mit F-Ausweis) richtet:

- **Mini-Job:** Diese Stelle vermittelt stundenweise Arbeitseinsätze an Private bei Gartenarbeiten, im Haushalt, bei Umzügen etc. Ziel dabei ist der Kontakt zur Bevölkerung und zur Arbeitswelt. Dieses Projekt ist sehr niederschwellig und dazu gedacht, denjenigen Personen aus dem Asylbereich mit wenig oder geringen Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt eine geringe Tagesstruktur und erste Kontakte zur Arbeitswelt zu ermöglichen. Aufgrund regelmässiger Mini-Job-Einsätze (als Ergänzung zu anderen Arbeitsstellen) haben es einzelne Personen auch schon geschafft, gänzlich ohne Sozialhilfeleistungen den Lebensunterhalt zu finanzieren. Im Jahr 2016 betrugen die Lohnzahlungen netto CHF 22'400, was im selben Umfang zur Reduktion der Bedürftigkeit beitrug.

Der Fachbereich Integration hat keinen expliziten Auftrag bezüglich beruflicher Integration.

Zudem gibt es **Freiwilligengruppen** in der Gemeinde, die sich rund um die bestehenden Asylunterkünfte gebildet haben. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement funktioniert weitgehend unabhängig und ist sehr nutzbringend. Der Verein „Offenes Scherli“, welcher im März 2016 gegründet wurde, soll exemplarisch kurz beschrieben werden. Der Verein versteht sich „als Bindeglied zwischen der Bevölkerung von Niederscherli und Umgebung mit den Asylsuchenden und Flüchtlingen. Er strebt ein gutes Miteinander zwischen Dorfbevölkerung und Asylsuchenden an. Dabei übernimmt er die Koordination und Unterstützung der Freiwilligen. Die Freiwilligen erhalten durch den Verein eine Stimme in der Öffentlichkeit. Er unterstützt den Kontakt der Freiwilligen mit lokalen Trägern (Kirche, Ortsverein, etc.), den Betreibern, den Behörden und anderen Freiwilligenorganisationen (FWO). Insbesondere der Einsatz, um den Flüchtlingen rasch die deutsche Sprache mit Deutschkursen näher zu bringen, erweist sich als wertvoll. Um dieses Engagement zu fördern hat die Gemeinde Raum angemietet, damit die Kurse bei Tageslicht und nicht innerhalb der Notunterkunft unter Tag durchgeführt werden müssen. Der Verein besteht aus Einzelmitgliedern (Freiwillige), Kollektivmitgliedern (unterstützende Organisationen, Trägerorganisationen) und Gönnerinnen und Gönnern. Im Herbst 2016 waren über 70 Freiwillige im Verein Offenes Scherli aktiv für die Asylsuchenden und Flüchtlinge in der Notunterkunft in Niederscherli tätig. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement gilt es zu erhalten und zu fördern, auch wenn aufgrund der aktuellen Situation die Notunterkunft in Niederscherli geschlossen werden sollte. Die Rolle von Freiwilligennetzwerken für Sozialhilfebeziehende mit Flüchtlingshintergrund¹⁷ wird sich in den nächsten Monaten/Jahren mit hoher Wahrscheinlichkeit verändern und anpassen.

¹⁷ Erstrebenswert ist ein Freiwilligennetzwerk für Sozialhilfebeziehende generell, zum Beispiel auch für Einheimische, Personen mit Migrationshintergrund, junge Erwachsene, ältere, alleinstehende Personen, etc.

Der **Verein Fractio** stellt im Auftrag der Gemeinde Köniz geschützte Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose Sozialhilfebeziehende bereit. Der Verein ist in der Abteilung Soziales eingebettet. Der Verein arbeitet eng mit der Privatwirtschaft und der Fachstelle Arbeitsintegration Region Bern, Farb AG, (vormals DWB¹⁸) zusammen. Stellenlose Sozialhilfebezügler erhalten eine Tagesstruktur mit sinnvoller Beschäftigung. In diesem Projekt sind 10 – 14 Arbeitsplätze für Personen aus dem Asylbereich, in Absprache und gemäss Bedürfnis der Heilsarmee, geschaffen worden. Fractio ist als kommunales Integrationsangebot¹⁹ der Sozialhilfe anerkannt (Finanzierung über den Lastenausgleich von Kanton und Gemeinden). Weitere Finanzierungsquellen sind die Erträge aus Arbeitsleistung sowie – spezifisch für die Beschäftigung der Personen aus dem Asylbereich – Beiträge der Heilsarmee.

Der **Verein NAK** vermittelt als Temporärbüro stellenlosen Personen Hilfsarbeiten. Ziel ist es, möglichst vielen Arbeitssuchenden einen Verdienst im ersten Arbeitsmarkt anzubieten. Arbeiten annehmen können neben Schweizerinnen und Schweizern, Personen mit F, B und C Ausweis. Im Jahr 2016 hat der Verein Nettolöhne an Sozialhilfe beziehende Personen im Betrag von gut CHF 184'000 ausbezahlt, davon wurden knapp CHF 87'000 an Sozialhilfebeziehende der Gemeinde ausbezahlt. Als Temporärbüro vermittelt der Verein NAK Personen für die Reinigung, Entsorgung, Hilfsarbeiten auf dem Bau/Handwerk und für den Unterhalt. Der Verein NAK vermag die Nachfrage nach Arbeitseinsätzen von Arbeitssuchenden Personen nicht abzudecken und ist laufend auf der Suche nach Auftrag gebenden Privatpersonen und Unternehmungen.

Schulbildung

Kinder von Flüchtlingen erhalten bereits im Vorschulalter Unterstützung. Zuständig für die Betreuung im Vorschulalter ist die Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern. In Köniz stellt der Fachbereich Frühe Förderung mit schrittweise ein Angebot zur aktiven Unterstützung sozial benachteiligter Familien²⁰ in der Erziehung ihrer Kinder bereit. Eltern lernen dabei, die Entwicklung ihres Kindes spielerisch zu fördern und ermöglichen ihm so eine gesunde Entwicklung und später einen guten Start in den Kindergarten und in die Schule.

Die Aufgabe der Lehrpersonen, Kinder aus dem Asylbereich auf das gleiche Kompetenzniveau zu bringen wie die muttersprachlichen Kinder, wird grundsätzlich mit gezieltem, zusätzlichem Unterricht in „Deutsch als Zweitsprache“ (DAZ) angestrebt. Es gibt immer mehr Jugendliche, die vom Alter her der Sekundarstufe I zugeteilt werden müssen, bei denen aber sowohl Sprachkenntnisse wie auch die schulischen Kenntnisse nicht ausreichen, um dem Unterricht auf Sekundarstufe I zu folgen. In Köniz wurde deshalb ein zweijähriger Intensivkurs Plus, (RIK+) für Jugendliche zwischen 13 und 17 Jahren geschaffen. Auf Sekundarstufe II nimmt das Brückenangebot „Berufsvorbereitendes Schuljahr“ einen wichtigen Platz ein. Zudem gibt es BPI Klassen, in denen die Jugendlichen in ein bis zwei Jahren die erforderlichen Sprach- und Kulturkenntnisse erwerben und Unterstützung bei der Lehrstellensuche erhalten. Die Erziehungsdirektion des Kantons Bern hat aufgrund der grossen Nachfrage die Anzahl BPI-Klassen von 15 auf 20 erhöht, sowie die Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse angehoben.

Die Statistiken des Bundes zeigen, dass auch 10 Jahre nach der Einreise in die Schweiz weniger als die Hälfte der anerkannten Flüchtlinge berufstätig ist. Bei den vorläufig Aufgenommenen liegt die Erwerbsquote nach 10 Jahren in der Schweiz gar nur bei 25%²¹. Weil viele Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene im Tieflohnbereich arbeiten, müssen diese als „Working-Poor“ zusätzlich von der Sozialhilfe unterstützt werden, da ihr Einkommen trotz Vollzeitätigkeit ihre Lebenshaltungskosten nicht abdecken kann.

¹⁸ Dienstzweig Weiterbildung und Beschäftigung, wurde per 31.12.2016 aufgehoben, da die Fachstelle Arbeitsintegration Region Bern, Farb AG, den BIAS-Leistungsauftrag übernommen hat.

¹⁹ KIA

²⁰ Das Angebot steht allen Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Köniz zur Verfügung und kann somit auch von Personen aus dem Asylbereich genutzt werden.

²¹ Claudio Spadarotto, u.a. (2014). Erwerbsbeteiligung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt. Studie von KEK Consultants und B,S,S – Volkswirtschaftliche Beratungen im Auftrag des Bundesamtes für Migration, Bern.

Die Gemeinde Köniz hat, wie bereits ausgeführt, bei anerkannten Flüchtlingen erst ab 5 und ab 7 Jahren bei vorläufig Aufgenommenen (F Ausweis) einen Auftrag zur beruflichen und sozialen Integration im Rahmen der Sozialhilfegesetzgebung. Nebst Sprachkursen, um die Sprachkompetenzen zu erhöhen, stehen dieser Personengruppe, wie allen anderen Sozialhilfebeziehenden Personen, dieselben Angebote zur beruflichen und sozialen Integration zur Verfügung. Dies sind in erster Linie die BIAS²²-Angebote.

Von den gut 900 aktuellen Sozialhilfedossiers in der Gemeinde Köniz betreffen ca. 124 Dossiers Personen mit F-Ausweis (F 7+) oder anerkannte Flüchtlinge mit B oder C Ausweis. Dies entspricht damit ca. 13% aller Sozialhilfeempfangenden in der Gemeinde Köniz²³. Bei diesen Daten sind jedoch anerkannte Flüchtlinge mit B Ausweis, die nach dem Asylentscheid zugezogen sind, nicht enthalten, da diese statistisch nicht gesondert ausgewiesen werden.

Ende 2015 anfangs 2016 wurden im Rahmen der ordentlichen Aufsicht durch die Sozialbehörde die Klientengruppe der anerkannten Flüchtlinge und der vorläufig Aufgenommenen, welche in der Zuständigkeit der Sozialberatung liegen, untersucht.

Die Untersuchung hat aufgezeigt, dass viele Personen in der erwähnten Klientengruppe schlecht oder gar nicht in den Arbeitsmarkt integriert sind und die Sprachkenntnisse häufig bescheiden sind. Die Integrationsbemühungen der vorgelagerten Hilfswerke, respektive die Wirkung der bisherigen Integrationsanstrengungen wurden in Frage gestellt. Die Aufgabe, die Personen nach 5 resp. 7 Jahren sozial und beruflich zu integrieren, wäre aufgrund der teilweise bereits vorhandenen Chronifizierung, äusserst schwierig. Diverse Empfehlungen wurden geprüft und bereits umgesetzt, so wurde zum Beispiel die Zusammenarbeit mit den vorgelagerten Hilfswerken besser abgestimmt, oder die Sozialarbeitenden wurden erneut darauf sensibilisiert, dass bei Paaren konsequent die beiden erwachsenen Personen beraten werden sollen.

3. Wird auch die Integration von Frauen mit Kindern in den Arbeitsprozess (Teilzeitpenssen) gefördert? Und werden Betreuungsmassnahmen für die Kinder ermöglicht und unterstützt?

Wie den Ausführungen zur zweiten Frage entnommen werden kann, gibt es vielfältige Massnahmen, welche die Integration von Frauen und Kindern fördern und unterstützen. Genannt sind an dieser Stelle MuKi-Deutsch, Nähkurse, Frauentreff und schrittweise. Zudem ist die Teilnahme an BIAS²⁴-Angeboten bereits ab kleinem Arbeitspensum (40 %) möglich. Bereits die vorgelagerten Hilfswerke und die Sozialhilfe finanzieren bei Bedarf Betreuungsmassnahmen für Kinder. Spezifische Programme für Frauen gibt es, die Nachfrage kann jedoch durch das Angebot nicht voll abgedeckt werden. Dieser Umstand ist bei den BIAS-Angeboten generell festzuhalten. Massnahmen zur beruflichen Integration von Sozialhilfebeziehenden Personen sollten nach Einschätzung der Abteilung Soziales quantitativ ausgebaut werden. Den Gemeinden steht es frei, mit eigenen finanziellen Mitteln zusätzliche Angebote zu finanzieren. Die Gemeinde Köniz finanziert aktuell keine Programmplätze. Allerdings werden via Fractio mit dem Erlös der Arbeiten ca. 4 Plätze zusätzlich finanziert. Diese 4 zusätzlichen Plätze stehen den Klienten des Einzugsgebietes des ehemaligen DWB zusätzlich zur Verfügung und sind nicht ausschliesslich Plätze für Klientenschaft aus Köniz. Die Programmplatzauslastung durch Klientenschaft aus Köniz war in den vergangenen Jahren leicht überdurchschnittlich.

4. Was bedeutet es in finanzieller Hinsicht für die Gemeinde, wenn es diesen Menschen nicht gelingt eigenständig zu werden und sie auf Sozialhilfe angewiesen sind?

Im Durchschnitt kostete im Jahr 2016 ein Sozialhilfedossier in Köniz netto CHF 15'986.00. Eine ad hoc erstellte Auswertung für diesen Bericht, bei welchem die Nettokosten der im Jahr 2016 in Köniz finanziell unterstützten anerkannten Flüchtlinge und Personen mit einer vorläufigen Aufenthaltsbewilligung F7+ ausgewertet wurden, hat ergeben, dass die Kosten im Durchschnitt bei CHF 25'000.00 lagen.

²² Beschäftigungs- und Integrationsprogramme für Sozialhilfe beziehende Personen

²³ Stand November 2016

²⁴ Beschäftigungs- und Integrationsprogramme für Sozialhilfe beziehende Personen

Die höheren Kosten lassen sich, mit der Abdeckung des grösseren Integrationsbedarfes auf den tendenziell grösseren Haushaltsstrukturen (Durchschnittlich 2,3 Personen, gegenüber 1,85 Personen pro Dossier) und mit höheren Gesundheitskosten, erklären. Zu erwähnen ist, dass bei 63 von 102 Dossiers Einkommen durch Erwerbsarbeit zu verbuchen waren, das entspricht einer Erwerbsquote von gut 60 %.

Aufgrund des Sozialhilfelastenausgleichsmechanismus muss diese Frage nicht nur kommunal, sondern primär kantonale betrachtet werden. Im Jahr 2015 wurden 1171 anerkannte Flüchtlinge und 918 vorläufig Aufgenommene im Kanton Bern neu registriert, insgesamt 2089 Personen. Im Jahr 2016 waren es insgesamt 2049 Personen. Von dieser Anzahl ausgehend, ergibt dies im Durchschnitt 2069 Personen. Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgrösse von 2,3 Personen pro Dossier ist mit circa 900 Dossiers zu rechnen. Bei Nettokosten von 25'000 pro Dossier und Jahr entstehen Kosten von CHF 22,5 Millionen. Der Kanton wird die Hälfte dieser Kosten tragen, die andere Hälfte wird von den Gemeinden getragen werden müssen. Somit wird der Anteil der Gemeinde Köniz CHF 450'000 pro Jahr betragen (ca. 4% von 11.25 Millionen). Diese Berechnungsweise soll eine pragmatische Annäherung an die zu erwartenden Kosten darstellen. Bei dieser Berechnungsweise sind unter anderem folgende Faktoren nicht mitberücksichtigt: Der Entscheid, welchen Status diese Personen erhalten werden ist ungewiss, unklar, wo diese Personen beim Zuständigkeitswechsel ihren Wohnsitz haben werden, Geburten, Heirat und somit anderer Ausweisstatus, etc.

Insgesamt werden die Kosten, welche der Kanton und die Gemeinden zu tragen haben, zunehmen. Diese hängen jedoch extrem von der kaum prognostizierbaren Anzahl neu anerkannter Flüchtlinge und vorläufig aufgenommenen Personen im Kanton Bern ab.

5. Welche Massnahmen werden von der Gemeinde Köniz respektive auf Kantonsebene vorbereitet, um dieser Herausforderung zu begegnen?

Das Asylwesen stellt eine klassische Verbundaufgabe zwischen Bund und Kantonen dar. Durch ihre Zuständigkeit für die Sozialhilfe sind natürlich auch die Gemeinden stark betroffen. Aus diesem Grund macht es Sinn, den Fokus auf alle drei Ebenen zu richten.

Bund: Die bereits 2014 beschlossene Neustrukturierung auf Bundesebene sieht vor, die Asylverfahren rascher und dennoch fair durchzuführen. Die Mehrheit der Asylgesuche, für die es keine weiteren Abklärungen braucht, sollen künftig in regionalen Zentren des Bundes in einem beschleunigten Verfahren behandelt und abgeschlossen werden. Diese Verfahren dauern neu maximal 140 Tage.

Asylsuchende, bei deren Gesuch noch weitere Abklärungen für den Entscheid notwendig sind, werden in einem erweiterten Verfahren den Kantonen zugewiesen.

Kanton: Der Kanton Bern beabsichtigt die Gelegenheit der Bestrebungen auf Bundesebene zu nutzen und passt den kantonalen Asyl- und Flüchtlingsbereich an. Die Neuorganisation des Asylwesens im Kanton Bern, kurz NA-BE, fokussiert auf die Integration von Beginn an auf einen raschen und konsequenten Vollzug. Künftig werden nur noch Personen im erweiterten Asylverfahren mit hohen Chancen auf ein langfristiges Bleiberecht zugewiesen werden. Die verstärkte und raschere Förderung der Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen soll bewirken, dass die Menschen besser in den Arbeitsmarkt und zur finanziellen Selbstständigkeit geführt werden können. Dies soll dank eines stärkeren Einbezuges der Wirtschaft sowie durch ein verstärktes Anreiz- und Sanktionssystem erfolgen.

Die folgenden Ziele werden mit der Gesamtstrategie des Kantons verfolgt²⁵:

- Die geltenden Zuständigkeiten in den Bereichen Integration und Unterbringung sollen neu geregelt werden. Dabei soll die Gesundheits- und Fürsorgedirektion die Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen koordinieren. Die Polizei- und Militärdirektion vollzieht die Ausschaffungen und ist für die Ausrichtung der Nothilfe zuständig.

²⁵ Diese Informationen sind einem Referat von Herrn Regierungsrat Käser, anlässlich des Politforums 2017 in Thun vom 10. März 2017 entnommen.

Neben der Bereinigung der Zuständigkeiten innerhalb des Kantons soll auch die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden sowie die Zusammenarbeit mit den externen Partnerorganisationen überprüft und optimiert werden. Wie dies konkret gestaltet werden soll und welche Rollen und Aufgaben dabei den Gemeinden zukommen sollen ist bis dato nicht bekannt.

- Das System der Unterbringung soll optimiert, flexibilisiert werden, so dass Schwankungen bei den Gesuchszahlen besser aufgefangen werden können. Hier soll den Gemeinden eine wichtige Rolle bei der Planung, Suche und Beschaffung von Unterbringungsmöglichkeiten verstärkt zukommen.
- Die Integrationsbemühungen sollen verstärkt werden, analog zur Zielsetzung auf Bundesebene, wird eine Erhöhung der Erwerbsquote angestrebt.
- Die Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene und anerkannte Flüchtlinge soll anreizorientiert, im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Integration, ausgestaltet werden.
- Die Vollzugsorganisation, inklusive der Nothilfe, soll auf die neuen Gegebenheiten, insbesondere auf den Vollzug von Wegweisungsentscheiden direkt ab den Bundeszentren ausgerichtet werden.

Am 17. August 2016 hat der Regierungsrat die Gesamtstrategie genehmigt und die zuständigen Direktionen beauftragt, bis Mitte 2017 die konzeptionellen Arbeiten, gestützt auf die Gesamtstrategie, voranzutreiben. Am 23. November 2016 hat der Grosse Rat die Gesamtstrategie zur Kenntnis genommen und diverse Planungserklärungen zur Strategie verabschiedet. Diese Planungserklärungen sollen im Detailkonzept aufgenommen und in elf Teilprojekte bis im Sommer 2017 bearbeitet werden.

Im Rahmen der laufenden Sozialhilfegesetzesrevision beabsichtigt der Regierungsrat, nebst der Erhöhung der Anreize innerhalb der Sozialhilfe und der Umsetzung der Motion Studer, finanzielle Mittel einzusetzen sowie die Integrationsanstrengungen generell zu verstärken. Konkret sind die Massnahmen nicht bekannt. Vor den Sommerferien wird der Regierungsrat die Vorlage zuhanden des Grossen Rates verabschieden. Die erste Lesung im Grossen Rat soll im November 2017, die zweite im März 2018 stattfinden, so dass das Gesetz, je nach allfälligem Abstimmungstermin auf Ende 2018 in Kraft treten könnte.

Gemeinde: Aufgrund der bereits bestehenden recht unübersichtlichen Zuständigkeitsregelungen und des bereits recht grossen Engagements der Gemeinde (siehe oben), sind im Moment keine weiteren Massnahmen geplant. Die Abteilungen Soziales und Bildung, soziale Einrichtungen und Sport stehen mit dem zuständigen Hilfswerk laufend in Kontakt und passen allenfalls das Engagement bei Bedarf an. Da die Vermittlung der deutschen Sprache sehr zentral ist und weil der Verein „Offenes Scherli“ im Rahmen des zivilgesellschaftlichen freiwilligen Engagements Deutschkurse durchführt, hat die Gemeinde wie bereits erwähnt, Raum dazu gemietet, damit die Kurse „oberirdisch“ durchgeführt werden können. Da im Moment nicht absehbar ist, welche Aufgaben und Kompetenzen zukünftig den Gemeinden aufgrund der übergeordneten Asylstrategie des Kantons zugeteilt werden, macht es kaum Sinn, dass die Gemeinde in naher Zukunft weitere Angebote bereitstellt. Die Gefahr, dass weitere Parallelstrukturen entstehen und dementsprechend unnötige Kosten verursacht werden, ist recht hoch. Allgemein stellt die Abteilung Soziales fest, dass viele Player im „Integrationsmarkt“ die strategischen Arbeiten des Kantons genau verfolgen und sich wohl zu gegebenem Zeitpunkt für den Abschluss eines Leistungsauftrages der Gesundheits- und Fürsorgedirektion bewerben werden. Der Markt ist in Bewegung und es hat tendenziell (zu)viele Bewerber nach Einschätzung der Abteilung Soziales.

- 6. Der Nationalrat hat in der Wintersession die Integration in die Gesetzgebung aufgenommen. Künftig soll es für Arbeitgeber einfacher sein, Asylsuchende und vorläufig Aufgenommene anzustellen. Diese dürfen künftig in der ganzen Schweiz eine Erwerbstätigkeit ausüben, sofern sie einen Arbeitgeber oder eine Arbeitgeberin finden. Was unternimmt die Gemeinde Köniz, um die in der Gemeinde Köniz wohnhaften Asylsuchenden bei der Suche einer Arbeitsstelle zu unterstützen?**

Wie bisher dargestellt, unternimmt die Gemeinde Köniz bereits viel, um die Herausforderungen im Asylbereich zusammen mit Bund und Kanton zu bewältigen.

Genannt sind betreffend die berufliche Integration die Angebote von Minijob, Fractio und der Fachstelle Arbeitsintegration Region Bern. Wo notwendig und sinnvoll, arbeiten die obgenannten Dienstleistungsanbieter direkt mit den vorgelagerten Hilfswerken, namentlich mit der Heilsarmee, eng zusammen. Die Gemeinde hat erst nach 5 resp. 7 Jahren via Sozialhilfegesetzgebung einen direkten Auftrag zur beruflichen und sozialen Integration. Die notwendigen Massnahmen werden dannzumal über die ordentlichen Regelstrukturen der Sozialhilfe und BIAS²⁶ abgewickelt. Dazu gehören auch Angebote, welche Hilfestellungen für die Stellensuche und Vermittlung beinhalten. In der Asylstrategie des Kantons wird, wie bei Frage 5 ausgeführt, dass insbesondere die Gesundheits- und Fürsorgedirektion die Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen koordiniert. Gemäss den zur Verfügung stehenden Informationen zum neuen Konzept geht die Abteilung Soziales momentan davon aus, dass dies mit Leistungsverträgen zwischen Anbietern solcher Dienstleistungen, zu denken ist in erster Linie an Caritas, Heilsarmee, Rotes Kreuz, Kompetenzzentrum Integration, Schweizerisches Arbeiterhilfswerk etc. und der Gesundheits- und Fürsorgedirektion bewerkstelligt wird und, dass die Gemeinde keinen direkten Auftrag erhalten wird. Dies macht aus heutiger Sicht auch Sinn, da die bereits vorhandenen Strukturen und Angebote, allenfalls nach einer Bereinigung (qualitativ und auch quantitativ) möglichst optimal genutzt werden sollen. Nach heutiger Einschätzung wird bei diesem Auftrag der beruflichen und sozialen Integration den Gemeinden keine direkte Rolle zugeteilt werden. Innerhalb dieser Strukturen werden die berücksichtigten Anbieter dieser Dienstleistungen die Vernetzung mit den jeweils lokalen Gewerbebetrieben und KMU-Unternehmungen sicherstellen und organisieren müssen.

Möglich ist, sofern nicht die Führung und Betreuung von Unterkünften mit dem Integrationsauftrag verknüpft werden, dass sich die Farb AG im Rahmen ihrer Kompetenzen für einen Leistungsauftrag bewerben wird.

- 7. Andernorts hat man mit dem direkteren Einbezug der Privatwirtschaft bessere Erfolge bei der Integration von Flüchtlingen in den Erwerbsprozess erzielt. Plant der Gemeinderat auch in Köniz entsprechende Massnahmen, beispielsweise ein Stellennetz für Flüchtlinge analog zum Lehrstellennetz?**

Die Strukturen und Abläufe für die Arbeitsintegration von Personen aus dem Asylbereich im Kanton Bern sind, wie bereits ausgeführt, komplex und unübersichtlich. Es gibt für vorläufig Aufgenommene, Flüchtlinge und Personen in der Sozialhilfe verschiedene Programme und Massnahmen. Dadurch entstehen Parallelstrukturen, welche mit grosser Wahrscheinlichkeit hohe Kosten verursachen ohne, dass diesen hohen Kosten ein erkennbarer Nutzen gegenüber stehen würde. Die Abteilung Soziales nutzt im Rahmen der Sozialhilfe die BIAS-Angebote und u.a. das Lehrstellennetz. Sobald die Personen aus dem Asylbereich in die Zuständigkeit der Sozialhilfe der Gemeinde überführt werden, können diese Angebote auch für diese Personengruppe genutzt werden. Insofern ist ein zusätzliches Angebot, mindestens im Moment und in absehbarer Zeit (2 - 3 Jahre), aus Sicht der Abteilung Soziales nicht nötig, da abermals ineffiziente Parallelstrukturen geschaffen würden. Zudem macht es aus heutiger Sicht wenig Sinn, Gemeindeangebote auf die Beine zu stellen, da die Gemeinde in den ersten 5 respektive 7 Jahren keinen Auftrag zur beruflichen Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen hat.

²⁶ Beschäftigungs- und Integrationsprogramme für Sozialhilfe beziehende Personen

Zuletzt ist auch zu bedenken, dass die Anzahl von „Vermittlungsstellen“, welche mit dem Gewerbe und den KMU in Kontakt stehen, um Personen beruflich zu integrieren, möglichst tief gehalten werden sollte, damit eine erfolgreiche Zusammenarbeit einfach, persönlich und pragmatisch auf die jeweiligen Bedürfnisse beider Partner zugeschnitten werden kann. Wichtig ist, dass sowohl die „ordentliche“ Sozialhilfe wie auch die Sozialhilfe für Personen, welche im Asylverfahren waren oder sind auf die lokalen Gewerbebetriebe angewiesen sein werden. Nur gemeinsam wird es gelingen, diesen Menschen die Integration in den ersten Arbeitsmarkt zu bewerkstelligen.

Köniz, 19. April 2017

Der Gemeinderat

Beilagen

—